

Die Löcher im konsensualen Gewebe der (Post-)Demokratie: Oder: Wie viel Unrepräsentierbarkeit erträgt die Soziale Arbeit? ; Ein Essay

Bareis, Ellen

Veröffentlichungsversion / Published Version
Zeitschriftenartikel / journal article

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Bareis, E. (2013). Die Löcher im konsensualen Gewebe der (Post-)Demokratie: Oder: Wie viel Unrepräsentierbarkeit erträgt die Soziale Arbeit? ; Ein Essay. *Widersprüche : Zeitschrift für sozialistische Politik im Bildungs-, Gesundheits- und Sozialbereich*, 33(130), 11-20. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48254-7>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Ellen Bareis

Die Löcher im konsensualen Gewebe der
(Post-)Demokratie. Oder: Wie viel
Unrepräsentierbarkeit erträgt die Soziale Arbeit?
Ein Essay

Dieser kleine Essay über demokratietheoretische Ansätze rankt sich um zwei Ereignisse bzw. soziale Praktiken, die sich an den Grenzen der Sozialen Arbeit finden. Weder möchte ich damit jene Ereignisse und Praktiken in den Zuständigkeitsbereich der Sozialen Arbeit hineinschreiben, noch geht es mir um ein neues Theorie- und Praxisfeld. Anhand der beiden Beispiele möchte ich vielmehr andiskutieren, wie viel Unrepräsentierbarkeit und normative Zweifel Soziale Arbeit aushalten müsste, wollte sie sich auf Gesellschaft anders als in der Form eines (demokratischen) Ordnungsmodus beziehen.

1.

Das erste Ereignis, das ich in Erinnerung rufen möchte, ist jenes des *riots*. Im November 2005 produzierten unzählige Jugendliche in verschiedenen Vororten Frankreichs über Wochen hinweg eine Militanz, die die Französische Republik dazu brachte, das erste Mal seit den Kämpfen um die Unabhängigkeit der Kolonie Algerien von Frankreich in den 1950er Jahren den Notstand auszurufen. Diese *riots* beschäftigten Manuela Bojadžijev und mich in gemeinsamen Texten, weil es weder den französischen noch anderen europäischen Aktivist_innen gelang, einen Zugang zu diesen Aufständen zu finden. Linken Intellektuellen war es durchaus möglich, eine Analyse zu formulieren und eine „Haltung“ zu artikulieren. *Praxen* der „Solidarität“ (Sprache der Politik) oder des „Verstehens“ (Sprache der Sozialen Arbeit) waren in dieser Situation jedoch nicht zu finden. Dies war anders als wenige Monate später die von Schüler_innen und Studierenden getragenen großen *Proteste* gegen den CPE (ein Gesetz, das bei Ersteinstellungen eine Befristung des Arbeitsvertrags auf ein Jahr ermöglichen sollte)

einsetzten. Es gab eine große Solidarisierungsbewegung durch Gewerkschaften, Parteien und Lokalpolitik – das Anliegen der Schüler_innen und Student_innen wurde „verstanden“. Dieser Gesetzentwurf wurde in Folge der riesigen Demonstrationen zurückgenommen. Was mich beschäftigt ist folgendes: Tausende Gymnasiast_innen und Studierende demonstrieren in Paris über mehrere Wochen und haben Erfolg. Das Gesetz wird zurückgezogen. Tausende junge Menschen revoltieren über mehrere Wochen in den peripheren Wohnvierteln und haben keinen Erfolg. Sie sind zwar weltweit in den Medien wahrnehmbar, sie zünden so viele Autos an wie niemals zuvor. An ihrer Lebenssituation ändert sich nach den Aufständen nichts. Die Beziehung zwischen Aufstand und Protest ließe sich noch viel detailreicher und komplexer beschreiben. Zunächst genügt die Unterscheidung, dass die einen von einer institutionalisierten Rolle als Schüler_innen und Studierende aus agierten, sich einer etablierten Politikform bedienten und Forderungen formulierten. Die anderen, die Jugendlichen aus den Banlieues schlugen dagegen einfach nur drauf und artikulierten somit sinngemäß: Wir haben zwar keinen institutionalisierten Ort, aber wir haben die Nase voll.

Das zweite Beispiel ist viel alltäglicher. Menschen ohne Papiere leben ohne eine legale Berechtigung in der Gesellschaft. Sie sind kein offizieller Teil jener Gesellschaft, organisieren sich jedoch Teilhabe. Dies geschieht, indem sie sich in Kooperation mit anderen Zugänge zu gesellschaftlich produzierten Ressourcen organisieren, auf die sie kein Recht haben: Unterkunft, Erwerbsarbeit, Gesundheitsversorgung bis hin zum Schulbesuch der Kinder. In einigen Ländern wie den USA oder Frankreich kommt es auch zu Demonstrationen und Besetzungen der *sans papiers*. Auch bei diesem Beispiel möchte ich nicht in die Komplexität der konkreten Lebenssituationen, der Artikulationsformen und der Differenzen von *citizenship*, dem Verhältnis von sozialen und politischen Rechten in den verschiedenen Ländern einsteigen. Zunächst genügt, dass an diesem Beispiel die Unterscheidung deutlich wird zwischen einem kodifizierten Recht, das von einer Gesellschaft und ihren Institutionen artikuliert und zugestanden wird (oder nicht) und einem Recht, das nur in der (illegitimen) Praxis hervorgebracht wird.

Hannah Arendt nannte diese zweite Form des nicht kodifizierten Rechts ein „Recht auf Rechte“. Sie versuchte so, den Aporien des Menschenrechtsgedankens auszuweichen und verschob die Frage auf die Ebene der Praxis: als Recht um Rechte zu kämpfen. Dieses „Recht auf Rechte“ liegt, so meine Grundannahme, den Alltagspraktiken in Situationen der Illegalisierung wie den Empörungen und *accounts* hinter den *riots* zu Grunde. Und von diesem Standpunkt aus können die Grenzen der Sozialen Arbeit aus demokratietheoretischer Perspektive als Grenzen der re-

präsentativen Demokratie betrachtet werden¹. Denn die Praktiken im Rahmen der Auseinandersetzungen um ein „Recht auf Rechte“ liegen notwendig außerhalb der parlamentarisch-repräsentativen Verfasstheit und ihrer Institutionen (einschließlich der Sozialen Arbeit). Mit dieser Perspektive werden zugleich alternative Lesarten von Demokratie und Teilnahme an Gesellschaft möglich: Die Jugendlichen in den Banlieues transformierten aufsehenerregend, aber temporär und mit ihren begrenzten Mitteln das urbane Terrain und die Kartographie des Landes. Die Illegalisierten transformieren eher unscheinbar und unbemerkt durch ihre Alltagspraktiken die Sozial- und Bildungsinstitutionen des Landes, in dem sie leben. Beides sind keine politischen, demokratischen Vorgänge „an sich“, keine Repräsentationen. Es werden keine Forderungen benannt, keine Sprecher_innen gewählt, es wird keine Partei gegründet oder adressiert. Doch vielleicht wäre es ja möglich, ausgehend von der Revolte und dem illegalisierten Alltag nicht auf die üblichen Formulierungen vom Vopolitischen oder Noch-nicht-Politischen zurückzugreifen, nicht zu den Formen der Repräsentationen zurück zu kehren sondern in diesen Praktiken ganz neue Wege von Teilhabe und Bürgerschaft zu finden.

Die jungen Akteur_innen der Revolte haben meist eine klare Vorstellung davon, wie etliche Jahrzehnte der antirassistischen Bürgerrechtsbewegungen, der sozial- und bildungspolitischen Programme (inklusive der Schule und der Programme in der Sozialen Arbeit) und der staatlich-öffentlichen Verlautbarungen eine realistische Ernüchterung, ein *cooling out*, generierten²: Dieser und den nachfolgenden Generationen in den Vororten bleibt eine eigene, möglichst selbstbestimmte Zukunft verschlossen. Den Illegalisierten ist deutlich, dass ihre Motivation zur Migration nicht anerkannt ist. Sie agieren eigen-sinnig und gehen damit einen Konflikt mit der Gesellschaft ein, in der sie sich zu leben entschieden haben, organisieren sich Teilnahme an Gesellschaft unter extrem begrenzten Möglichkeiten also nach möglichst eigenen Vorstellungen. Beide Praktiken werden zugleich illegalisiert und für illegitim erklärt³.

1 Diese Fragestellung knüpft durchaus an die kritischen Diskurse der Sozialen Arbeit aus den 1970er Jahren an. 2013 sind die historischen Voraussetzungen aber andere.

2 Der französische Philosoph Étienne Balibar fand für diese Haltung und die daraus entstehenden Handlungskonzepte den Begriff der „Antipolitik“ (Balibar 2007: Kap.7) Diese folgt nicht dem linearen Schema vom Unpolitischen, Vopolitischen zum entstehenden politischen Bewusstsein als Entwicklungs- und Bildungsroman. Im Gegenteil verschließe sie sich ernüchtert dieser Erzählung.

3 Zuletzt geschah dies, als im Oktober 2013 Gespräche über die Forderungen der hungerstreikenden Flüchtlinge in Berlin mit der Begründung verweigert wurden, der Staat lasse sich nicht erpressen und ein Hungerstreik sei keine legitime Protestpraxis.

2.

Wir sind es gewohnt, Praktiken als Teilnahme an Demokratie wahrzunehmen, wenn sich diese innerhalb von institutionalisierten Prozessen bewegen. Erweitert um die sozialen Bewegungen kommen auch noch Praktiken in den Blick, die wenigstens auf ihre Institutionalisierung abzielen, die also neue Formen von Repräsentation hervorbringen. Die beiden Beispiele bewegen sich weder innerhalb der institutionalisierten Prozesse noch haben sie die Institutionalisierung ihrer Praktiken im Blick. Sie agieren ohne Repräsentation, also aus der Position „jener, die keinen Anteil haben“ (Jaques Rancière). Repräsentative Demokratien haben, wie jedes andere Staatsgebilde auch, notwendig negative Folgen: sie schließen einerseits unter Bedingungen (einer disziplinierten Lebensweise, dem Verkauf der eigenen Arbeitskraft etc.) ein und produzieren zugleich soziale Ausschließungen, Repression, soziale Ungleichheit, rassistische oder sexistische Diskriminierungen. Denn das im Staat organisierte Gemeinwesen versieht sich mit einer allgemein verbindlichen Ordnung. Soziale Arbeit hat konstitutiv mit diesen negativen Folgen zu tun, denn ein Teil ihres gesellschaftlichen Auftrags besteht in deren Kontrolle, Verhinderung und Abminderung. Handlungsmodelle, die einer liberalen Demokratievorstellung folgen, versuchen, diese negativen Konsequenzen so weit wie möglich zu mindern. Emanzipatorische Handlungsmodelle beziehen sich dagegen auf diesen immanenten Widerspruch der repräsentativen Demokratie und suchen nach alternativen demokratischen Praktiken.

Die beiden Beispiele, *riot* und illegalisierter Alltag, finden sich als Praktiken im Segment der Devianz. Das erste Beispiel könnte als *deviante Praxis der Destruktion* beschrieben werden. Menschen in armen, häufig peripheren Wohnquartieren sind im westlichen Europa seit mehreren Generationen gesellschaftlichen Ausschließungsprozessen ausgesetzt, die sich auf den Ebenen von Arbeitsmarkt, sozialer Sicherung und Zugang zu Infrastruktur (angemessene Wohnungssituation, Gesundheitsversorgung, Bildungseinrichtungen) niederschlagen. Der überwiegende Teil dieser Leute ist mit allen staatsbürgerlichen Rechten ausgestattet. Doch insbesondere Klassenschranken und rassistische Strukturen in den gesellschaftlichen Institutionen verschließen die Möglichkeiten (möglichst) selbstbestimmt an Gesellschaft teilzunehmen. Programme unterschiedlichster Ausrichtung – an denen Soziale Arbeit häufig beteiligt ist – mögen Wert darauf legen, das „soziale Kapital“ in den Quartieren zu aktivieren, die „gesellschaftliche Mobilität“ der jungen

Eine Argumentation, die zynisch ist, da Asylsuchende keine politischen Rechte haben und es somit auch keine legitime Praxis der Politik für sie gibt.

Menschen aus den Wohnvierteln zu befördern, über verschiedene Kooperationen zwischen gesellschaftlichen Akteuren (Unternehmen, Bildungseinrichtungen etc.) „Wege zu eröffnen“. Unter dem Strich bleibt für die Bewohner_innen der Vororte die generative Erkenntnis, dass *racial profiling* als Kontrolltechnologie bei Polizeirazzien eine erstaunliche – und immer stärker technikunterstützte – Persistenz aufweist und dass sich das „Wege eröffnen“ unterfüttert von neoliberalen Politikmustern unter Spardiktatsbedingungen als Selektionsinstrument erweist. Die Revolte als „destruktive“ Praxis ist ein Ereignis, in dem keine Forderungen benannt werden. Sie haut drauf und zerstört jene Reste von Infrastruktur, die vom Gemeinwesen noch vorhanden sind – seien es Bildungseinrichtungen (Schule, Kindergarten), öffentlicher Nahverkehr, Besitz- und Mobilitätssymbole (private Autos) oder Betriebe vor Ort. Die Revolte greift diese Symbole an und versucht sich zugleich über Plünderungen alles anzueignen, was beweglich ist.⁴ Die Bilder dieser Ereignisse sind verstörend, die Studierenden an den Universitäten und die Praktiker_innen der Sozialen Arbeit schrecken zurück. Sie würden sich ja gerne solidarisieren, weil sie sich (im besten Fall) der gesellschaftlichen Grundkonstellation von Rassismus und Ausschlussprozessen bewusst sind. Aber die Revolte eröffnet keinen Weg der Solidarität. Es sei denn, sie wird interpretiert als Artikulation einer legitimen Ernüchterung über die demokratischen Institutionen und ihre normativen Versprechen.

Das zweite Beispiel wäre demgegenüber eine *deviante Praxis der Konstruktion*. Menschen ohne Papiere haben kein Recht auf gesellschaftlich produzierte Ressourcen wie Wohnen, Gesundheitsversorgung oder Bildung⁵, organisieren sich den Zugang zu diesen aber. Sie kommen bei Bekannten unter oder greifen auf den (für die Vermieterseite äußerst lukrativen) informellen Wohnungsmarkt zurück, sie suchen nach Wegen, wie die Kinder in die Schule gehen können oder ein Arztbesuch möglich wird. Dementsprechend produzieren sie ein Recht auf „Teilnahme an Gesellschaft“ in ihrer Praxis. Und sie produzieren eigenständig gesellschaftliche Ressourcen in den Strukturen ihrer Haushalte, Communities und

4 In dieser Darstellung verweben ich verschiedene Momente von Revolte, die empirisch zu unterscheiden wären: die Zerstörung der Infrastruktur prägt etwa die Aufstände in den französischen Banlieues, die Plünderungen waren in den britischen *riots* eine zentrale Praxis.

5 Auch diese Darstellung ist eine vereinfachende Abstraktion, die empirisch weitaus feiner zu betrachten wäre. Der Zugang zu den genannten Ressourcen für *sans papiers* ist allein in den verschiedenen Ländern der EU und verschiedenen Bundesstaaten der USA durchaus unterschiedlich.

Netzwerke. Zum einen sind dies hochgradig prekäre Praktiken, da sie aufgrund ihres rechtlich nicht abgesicherten Charakters immer in einer Lebenskatastrophe enden können. Besonders deutlich wird dies bei den Versuchen, die Staatsgrenzen zu überschreiten, die für viele Menschen tödlich enden. Zum anderen reichen diese Praktiken bis ins demokratisch-hoheitliche Terrain des Wahlrechts, wenn Communities von Menschen mit und ohne Staatsbürgerrechte gemeinsam darüber sprechen, wie jene, die mit allen gesellschaftlichen Rechten ausgestattet sind, wählen. Diese Form der Teilnahme an Gesellschaft ist nicht im Sinne einer repräsentativen Demokratie, die „ihre“ Staatsbürger definiert und mit Rechten ausstattet und alle anderen in unterschiedlichem Maß von diesen ausschließt. Doch es entsteht in diesen Praktiken *from below* Demokratie auf eigensinnige und letztlich gegen nationalstaatliche Ausschließungsprozesse gerichtete Weise.

3.

Mit der Zeitdiagnose der Postdemokratie verbindet sich meist die Analyse, dass die Institutionen der parlamentarischen, repräsentativen Demokratie unter den Bedingungen von ökonomischer Globalisierung zunehmend ausgehöhlt werden. Nicht demokratisch legitimierte Metaorganisationen treffen Entscheidung an Stelle der gewählten Regierungen, die nur noch unter Zugzwang und Spardiktat reagieren können, Lobbyorganisationen nehmen maßgeblichen Einfluss auf politische Entscheidungen (etwa bezogen auf die Regulierungen in der Pharma-, Energie- oder Automobilindustrie), Expertokratie hebt die Willensbildung des Volkssouveräns aus. Verloren geht in dieser Diagnose die Kritik an der parlamentarischen, repräsentativen Demokratie. Dieser Verlust ähnelt dem Diskurs zur Verteidigung des Sozialstaats im Angesicht seines Rückbaus seit den 1980er Jahren, in dessen Dynamik die Kritik an den paternalistischen und disziplinierenden Funktionen von sozialstaatlichen Institutionen, der „Kritik der Hilfe“ untergeht.

Libérale Demokratietheorien erhalten so einen Aufschwung. Die Diskurse um Partizipation, Inklusion, Gemeinwohl, Wahlbeteiligung, Diversity, Toleranz, Antigewaltkampagnen und Pluralismus halten das Allgemeine und Gemeinsame „aller Demokraten“ (vgl. Brown 2012) aufrecht. An liberalen Demokratiemodellen ansetzende Soziale Arbeit würde also darauf hinwirken, dass möglichst viele Gesellschaftsteilnehmer_innen in die Lage versetzt werden, an der demokratischen Gesellschaft entsprechend ihrer Ordnung mitzuwirken. Dies kann bezogen auf die beiden Ereignisse, *riot* und illegalisierter Alltag, durchaus Forderungen nach Veränderung der Ordnung enthalten. Diese finden sich dann aber im „politischen

Arm“ der Sozialen Arbeit, den Verbänden und ihrer Öffentlichkeitsarbeit wieder⁶. In der Praxis kommen eher pädagogisierende und individualisierende Interventionsmethoden zum Tragen, nach denen sich weniger die gesellschaftliche Ordnung als vielmehr die Adressat_innen zu verändern, u.U. auch zu *empowern* haben.

Emanzipatorische demokratiethoretische Ansätze stellen dagegen die inneren Widersprüche der repräsentativen Demokratie selbst ins Zentrum ihrer Überlegungen, insbesondere das aporetische Verhältnis zwischen Allgemein- und Partikularinteresse. Jaques Rancière (vgl. 2002) bezeichnet das hegemoniale Demokratieverständnis als „konsensuelle Demokratie“⁷, die darauf ausgerichtet sei, Konflikte still zu stellen. Es handele sich um ein Ordnungsmodell im Namen der Demokratie. Damit kritisiert er, ähnlich der „älteren“ Kritischen Theorie, den Integrationsgedanken, der die Inklusion von allen Teilen der Gesellschaft in ein Ganzes, Totales, die Aufhebung des Partikularen im Allgemeinen anstrebe. Eine solche konsensuelle Demokratie setze, so Rancière „die Individuen und Gruppen in ein Gewebe ohne Löcher [...], ohne Abstand der Namen zu den Dingen, der Rechte zu den Tatsachen, der Individuen zu den Subjekten, ohne Zwischenräume, in denen sich Gemeinschaftsformen des Streits, nicht-gespiegelte Gemeinschaftsformen aufbauen können“ (ebd.: 125). Wirkliche Demokratie entstehe erst, wenn die Ungezählten, jene, die keinen Anteil haben, in Konflikt zum Bestehenden träten und auf ihrer Teilnahme an Gesellschaft *nach eigenen Regeln* bestünden. Mit dieser Perspektive kommen jene Praktiken in den Blick, die im hegemonialen Diskurs schnell als „undemokratisch“ markiert sind, weil sie sich gegen die bestehenden Regeln und außerhalb der anerkannten Ausdrucksformen bewegen: Aufstände, Revolten, illegalisierte Migration, nonkonforme oder undisziplinierte Lebensweisen. Die Ereignisse *riot* und illegalisierter Alltag in den Blick zu nehmen, um die Grenzen der Sozialen Arbeit innerhalb der konsensualen Demokratie auszuloten, verstehe ich als Versuch, die Löcher im konsensualen Gewebe, die Abstände der Namen zu den Dingen, die Abstände der Rechte zu den Tatsachen und der Individuen zu den Subjekten wahrzunehmen und den Zwischenräumen und dem Dissens nachzugehen.

6 Beispielhaft möchte ich auf die Stellungnahmen der Wohlfahrtsverbände zur EU-Flüchtlingspolitik als Reaktion auf das Bootsunglück vor Lampedusa hinweisen. Auswirkungen auf die konkrete Arbeit der Flüchtlings- und Migrationsberatungsstellen und ähnliche Praxisfelder hat eine solche politische Stellungnahme nicht.

7 Rancière nennt diese „konsensuelle Demokratie“ auch „Postdemokratie“ jedoch in einer anderen Bedeutung als Colin Crouch.

Eine solche Perspektive auf den Dissens als „eigentliches“ politisches Ereignis allein greift andererseits zu kurz, da sie Demokratie nur als permanenten Konflikt denken kann (vgl. Demirović 2013). Notwendig ist durchaus auch ein Nachdenken über mögliche Verstetigungen, also Institutionen. Wie geht „absolute Demokratie“ in komplexen Gesellschaften? Damit ist die Frage danach gestellt, wie sich „das Gemeinsame“ jenseits von Staat, Repräsentation und den damit einhergehenden Widersprüchen, Ausschlüssen und Unterwerfungen konstituieren lässt⁸. Michael Hardt und Antonio Negri machen unter Rückgriff auf die Proteste, Platzbesetzungen und Großdemonstrationen weltweit in den letzten Jahren einen optimistischen konstitutionellen Aufschlag der Diskussion um die Demokratie und eröffnen eine neue „Verfassungsdiskussion“ (Hardt/Negri 2013: 54). Vor dem Hintergrund der handlungsunfähig gewordenen Subjektivitäten des Neoliberalismus, der verschuldeten, vernetzten, verwahrten und (im repräsentativen System) vertretenen Subjektivitäten⁹ formulieren sie die Herausforderung, sich von diesen Unterdrückungs- und Kontrollmechanismen zu befreien und *uns selbst* als „Singularitäten“ gemeinsam zu verfassen. Die beiden Beispiele *riots* und illegalisierter Alltag stellen Praktiken dar, in denen bestimmte Subjektivierungsweisen – temporär oder längerfristig – zurückgewiesen werden und eigen-sinnige Handlungsfähigkeit hervorgebracht wird. Sie bringen aber in ihrer destruktiven wie konstruktiven Variante (noch) keine neuen Institutionen hervor, die es ermöglichen, sich „gemeinsam zu verfassen“. Liberale Demokratietheorien bringen in dieser Situation den Menschenrechtsgedanken ins Spiel als Basis der normativen Formulierung eines Gemeinsamen. Dabei gehen sie davon aus, dass Menschenrechte und repräsentative Demokratie untrennbar miteinander verbunden sind. Und auch in der Sozialen Arbeit gibt es eine Tendenz, normative Grundgehalte zu formulieren, hinter die nicht zurückgefallen werden soll. Doch wie bereits Hannah Arendt am Beispiel der Staatenlosen herausgearbeitet hat, sind Menschenrechte als solche eine normative Hülle. Rechte entstehen im Konflikt und in der Aneignung.

8 Notwendig bleibt außerdem die Kritik der getrennten Sphären von Ökonomie und Politik. Denn in der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie sind die sozialen und politischen Entscheidungen nach wie vor „von den Prozessen der Produktion und der Verteilung der Arbeiten und Güter“ (Demirović 2013: 485) abgekoppelt. Dieser Widerspruch vertieft sich in der aktuellen Phase ökonomischer Globalisierung, was sich in jenen Phänomenen niederschlägt, die als „Postdemokratie“ diagnostiziert werden. Er ist aber dem liberalen Demokratiemodell von Beginn an eingeschrieben.

9 In der Übertragung ins Deutsche wurde der Begriff der *subjectivity* unpassender Weise als „Rolle“ übersetzt.

Ähnlich fasste dies auch Ernst Bloch (vgl. 1977), der die Vorstellung kritisiert, Menschenrechte seien ein Naturrecht. Es sei nicht haltbar, so Bloch, „dass der Mensch von Geburt an frei und gleich sei. Es gibt keine *angeborenen* Rechte, sie sind alle erworben oder müssen im Kampf noch erworben werden.“ (ebd.: 215, Herv. i.O.) Rechte werden immer in konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen erkämpft. In der Diskussion um „globale soziale Rechte“ ist deshalb nicht der normative Gehalt des Menschenrechtsgedankens zentral, sondern soziale Rechte werden als Aneignungsrechte und Entfaltungsrechte verstanden, die durch jene Praktiken (der Aneignung und der Entfaltung) hervorgebracht werden.

Für die Soziale Arbeit eröffnen sich aus dieser Diskussion Perspektiven, in denen die Praktiken in den Mittelpunkt, normative Grundüberlegungen dagegen in den Hintergrund treten. Nicht nur illegalisierte oder nonkonforme Praktiken, sondern auch Revolten werden in ihrem (potenziell) demokratischen Gehalt sichtbar. Diese können als Praktiken betrachtet werden, die zumindest über die verschuldeten, vernetzten, verwahrten und vertretenen Subjektivitäten hinausführen und ihre *Konflikte als Eigentum* und *eigen-sinnig* betreiben (vgl. Stehr 2013). Die Forderungen nach direkter Mitsprache (z.B. in den Aktionsformen der Platzbesetzungen wie „Demokratie jetzt!“ in Madrid) stellen die Vertretungslogik der parlamentarischen Demokratie Modelle auf eine Weise in Frage, die sich auch auf die institutionalisierten Felder der Sozialen Arbeit beziehen lässt. Parolen wie jene, dass „wir“ die 99 Prozent sind und wissen, wie Leben geht, machen deutlich, dass der Alltag im Verständnis von Teilnahme an Gesellschaft wieder an Gewicht gewinnt und dass die Motive und Artikulationen von Empörung, die moralische Ökonomie und die accounts in den devianten Artikulationen von Aufständen und Platzbesetzungen interessanter für eine emanzipatorische demokratietheoretische Bestimmung von Sozialer Arbeit sein könnten als eine normative Fassung im Sinne von Gerechtigkeit und Menschenrecht. Dies würde bedeuten, die theoretischen Aporien von Demokratie wie auch die konkreten Auseinandersetzungen und Herrschaftsverhältnisse *innerhalb* bestehender Demokratien ernst zu nehmen. Wie auch immer das Demokratieproblem gewendet wird: Aus der Perspektive der Sozialen Arbeit *innerhalb* von repräsentativen Demokratien ist es notwendig, sich mit den Folgen bestehender politischer Ordnungen und deren Ausschließungsprozessen (seien diese auf der Basis einer fordistischen oder neoliberal-aktivierenden Sozialstaatlichkeit zu verorten) wie mit der konkreten Devianz und dem konkreten Dissens kritisch auseinanderzusetzen. Dies bedeutet, auch Unrepräsentierbarkeit aushalten und „verstehen“ zu können. Diese Anforderung ist nicht nur notwendig, um sich theoretisch zu positionieren. Sie ist wichtig, um Handlungs- und Interventionsstrategien klug auszurichten und

begründen zu können und um darüber hinaus einen Blick für die Taktiken und Strategien im alltäglichen Handeln wie in politischen Artikulationsformen des Protests, der Organisation, der Verweigerung oder auch der Erhebung jener Leute zu entwickeln, welche die Soziale Arbeit unter Umständen auch als ihre Adressat_innen versteht.

Literatur

- Balibar, Étienne 2007: Uprisings in the *Banlieues* Constellations 14 (1), S. 47-71
- Bloch, Ernst 1977/1961: Naturrecht und menschliche Würde. Frankfurt am Main
- Brown, Wendy 2012: Wir sind jetzt alle Demokraten. In: Agamben, Giorgio et al. (Hrsg.): Demokratie? Eine Debatte. Frankfurt am Main, S. 55-71
- Demirović, Alex 2013: Kritik der Politik. In: Jaeggi, Rahel/Loick, Daniel (Hrsg.): Nach Marx. Philosophie, Kritik, Praxis. Berlin, S. 463-485
- Hardt, Michael/Negri, Antonio 2013: Demokratie! Wofür wir kämpfen. Frankfurt am Main und New York
- Rancière, Jaques 2002: Das Unvernehmen. Politik und Philosophie. Frankfurt am Main
- Stehr, Johannes 2013: Vom Eigensinn des Alltags. In: Bareis, Ellen/Kolbe, Christian/Ott, Marion/Rathgeb, Kerstin/Schütte-Bäumner, Christian (Hrsg.): Episoden sozialer Ausschließung. Definitionskämpfe und widerständige Praktiken. Münster, S. 347-362

*Ellen Bareis, Hochschule Ludwigshafen am Rhein,
Maxstraße 29, 67059 Ludwigshafen am Rhein
E-Mail: ellen.bareis@fh-lu.de*